

# Wahlprogramm



Gemeindeverband Steinhagen

## für die Gemeinderatswahl am 13.09.2020

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 3
Soziales	Seite 4
Integration und Umgang mit illegaler Zuwanderung	Seite 4 - 5
Finanzen und Haushalt	Seite 6 - 7
Straßen, Mobilität, Bauen, Umwelt	Seite 7 - 8
Kindergärten	Seite 8
Schule, Kultur und Sport	Seite 8
Digitalisierung	Seite 9
Sicherheit, Ordnung und Feuerwehr	Seite 9
Wirtschaft	Seite 10
Schlussbemerkungen	Seite 10

## Vorwort

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

am 13.09.2020 entscheiden Sie über die Zusammensetzung des Gemeinderats Steinhagen für die nächsten fünf Jahre. Kommunalpolitik ist Politik aus Leidenschaft. Wir wollen unsere Leidenschaft für Sie einsetzen. Kommunalpolitik ist weitaus mehr als die Organisation von Trinkwasser oder das Kümmern um den klappernden Kanaldeckel. In den folgenden Seiten können Sie lesen, welche Ziele die AfD in unserer liebenswerten Gemeinde Steinhagen verfolgt und welche Punkte wir anders gestalten möchten.

Die Parteienlandschaft hat sich geändert. Die SPD dominierte mit ihren Grünen Partnern und ihren Helfern der CDU jahrelang die Gestaltung der Geschichte unserer Gemeinde. Allerdings geraten selbstverständlich geglaubte Mehrheiten immer wieder ins Wanken. Auch in Steinhagen ist dies möglich und aus unserer Sicht begrüßenswert. Eine starke konservative, patriotische, sozial orientierte und liberale Politik wird es nur mit der AfD geben.

Bei uns wissen Sie, wo Sie dran sind. Wir geraten nicht ins Schwanken, Stammeln und Stottern, wenn wir nach unserer politischen Standort gefragt werden. Ganz klar: Wir stehen rechts der Mitte und sind bereit, den von den anderen Parteien sträflich vernachlässigten Bürgern dieser politischen Richtung wieder eine Stimme zu geben. Was das bedeutet und wofür wir stehen, können Sie auf den nächsten Seiten erfahren.

Unser Wahlprogramm ist kein bunter Katalog mit hübschen Bildchen , wohlklingenden Phrasen und aufreißerischen Wahlgeschenken auf Kosten des Steuerzahlers: Es ist unser Kompass für die nächsten fünf Jahre. An unseren Worten können Sie uns messen.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse und bitten Sie um Ihre Unterstützung!

Alexander Alt

Sprecher AfD-Gemeindeverband Steinhagen

## **Soziales**

### **Pflege**

Die Lebenserwartung der Menschen steigt. Die Zahl älterer Menschen nimmt zu. Immer mehr Menschen werden pflegebedürftig. Diese Entwicklung ist quantitativ nachvollziehbar. Sie wird aber auch verstärkt durch die Gesetzgebung, die immer neue Bedarfe erfindet. Diese Bedarfsfindungskultur führt auch zu einer Steigerung derjenigen, die als pflegebedürftig eingestuft werden. Ausführende Behörde ist der Kreis Gütersloh. Die Gesetzeslage ist unübersichtlich und für den Bürger, der solche Leistungen in Anspruch nehmen muss, kaum zu überblicken. Die Gemeinde bietet hierzu bereits einen beratenden Service an. Dieser wird auch gut angenommen und genießt allgemeine Anerkennung.

Die AfD wird sich im Gemeinderat Steinhagen dafür einsetzen, dass dieser Service weiter bestehen bleibt. Menschen, die pflegebedürftig sind oder werden, dürfen nicht links liegen gelassen werden.

### **Soziales / Jugend**

Unser soziales Gefüge hängt im wesentlichen vom gelebten Miteinander ab. Die Gemeinde soll dazu beitragen, einen funktionalen Rahmen vorzuhalten.

Die Gemeinde setzt soziale Maßnahmen gerne in sogenannten Projekten um. Projekte sind Maßnahmen, die ein Ende haben. In Steinhagen sind Projekte jedoch Dauereinrichtungen. Sogenannte Träger schöpfen in diesen Projekten Gelder ab, mit denen sie Arbeitsplätze sichern. Einen Teil des Steuergelds setzen sie in Maßnahmen um, die auch den Projektteilnehmern zugute kommen.

Die AfD wird sich im Gemeinderat dafür einsetzen, dass Projekte kein Selbstbedienungsladen für die Träger bleiben.

Überdies wird die AfD im Gemeinderat den Mehrwert der Sozialarbeit in Schulen und im Jugendfreizeitbereich kritisch hinterfragen. Hier fallen immense Kosten an. Aber ein Ergebnis, wie zum Beispiel weniger Schmierereien an Häusern, Fassaden oder anderen Objekten ist nicht konkret sichtbar.

Statt die Sozialarbeit weiterhin mit immensen Geldsummen zu befeuern, sollten attraktive Jugendangebote in Vereinen gefördert werden. Hierfür werden wir uns als AfD-Fraktion im Gemeinderat engagieren.

## **Integration und Umgang mit illegaler Zuwanderung**

Integration ist nicht die Eingliederung von Zugewanderten in das Sozialsystem, sondern vorrangig eine Bringschuld der zugereisten Menschen, sich in die Strukturen der gastgebenden Nation einzugliedern. Dies setzt jedoch eine Zuwanderung voraus, die rechtmäßig erfolgt ist. Zugereiste Menschen, die hier nur eine ökonomisch bessere Situation anstreben, und dies unter vorgeblichen Asylgründen verschleiern, zählen eindeutig nicht zum Personenkreis, der hier integriert werden soll. Insoweit ist eine Integration von Menschen, die aufenthaltsrechtlich geduldet sind, keineswegs anzustreben. Jeder Euro, der für solche Menschen im Rahmen von Integrationsmaßnahmen ausgegeben wird, ist verschwendetes Steuergeld.

CDU, SPD und Grüne haben in Ausschüssen und auch im Gemeinderat die Unterscheidung

zwischen Beschäftigungszuwanderung und Asyl vorsätzlich verwischt. Die Unterscheidung muss wieder hergestellt werden! Die AfD fordert außerdem: Konsequente Unterbindung illegaler Migration, keine „Spurwechsel“, keine Kettenduldungen, keine Versorgungsmigration und die Ausreise, nötigenfalls Abschiebung, aller Ausreisepflichtigen.

Die AfD wird im Gemeinderat das Integrationskonzept kritisch hinterfragen und die Wirksamkeit ohne die üblichen Jubelsalven der anderen Parteien überwachen.

Nochmals, weil es zu selten erwähnt wird: Integration ist eindeutig eine Bringschuld der zugereisten Menschen. Wer hier leben möchte, muss sich aus eigenem Antrieb in die Gesellschaft einbringen. Keineswegs kann dies Aufgabe des Steuerzahlers sein. Eine üppig blühende Servicelandschaft, wie sie von der Gestaltungsmehrheit im Gemeinderat gelebt und gepriesen wird, lehnt die AfD generell ab.

Die AfD wird sich im Gemeinderat dafür einsetzen, den betreffenden Personenkreis auf die Rückführung vorzubereiten, damit die Menschen zum einen mental auf ihren befristeten Aufenthalt eingestimmt werden und unter für den Steuerzahler erleichterten Rahmenbedingungen in ihre Vaterländer zurückgeführt werden können.

Asyl ist generell Schutz auf Zeit. Dieser eigentlich selbstverständliche Grundsatz muss uns wieder in Fleisch und Blut übergehen. Die AfD wird im Gemeinderat immer wieder an diese Selbstverständlichkeit erinnern.

Der Haushaltsansatz ist für diesen Bereich viel zu hoch gegriffen. Steuergelder werden in Hülle und Fülle für nicht erstrebenswerte Zustände vergeudet. Die Ansätze im Haushalt sind jedenfalls deutlich spürbar runterzufahren.

Kommunale Steuergelder für religionsbezogene Bauten, wie zum Beispiel Minarette, werden von uns im Gemeinderat keine Zustimmung erfahren. Baurechtliche Sondergenehmigungen dafür werden wir ablehnen. Alle entsprechenden Vorhaben sind baurechtlich zu überprüfen, inwieweit sie mit dem gewachsenen Bild unserer Gemeinde im Einklang stehen.

Die Unterstützung von verfassungsfeindlichen Religionsgemeinschaften durch finanzielle Förderung, verbilligte Überlassung von Grundstücken oder vereinfachte Genehmigungen lehnt die AfD ab. Der Genehmigung lautsprecherverstärkter öffentlicher Gebetsrufe in Steinhagen werden wir entgentreten.

NRW hat 2017 als erstes Flächenland eine Gesundheitskarte für Asylbewerber eingeführt. Die Gemeinden entscheiden per Ratsbeschluss, ob sie an der Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen teilnehmen wollen. Die Gesundheitskarten bringen jedoch keine Entlastung für die Verwaltung, sondern erhöhen die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylbewerbern deutlich. Deshalb setzen wir uns dafür ein, weiterhin am Verfahren der Behandlungsbewilligung festzuhalten.

Die AfD spricht sich gegen die Selbstdeklaration benachbarter Kommunen zu „sicheren Häfen“ für Migranten aus. Die Entscheidung über die Aufnahme von Migranten im Rahmen des Asyl- und Aufenthaltsrechts fällt gerade nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen.

Die Forderung von Politikern, Kirchen oder Nichtregierungsorganisationen, in Eigenregie und unter Umgehung bestehender Gesetze Migranten nach NRW zu holen, wirkt unter diesen Vorzeichen grotesk und ist verantwortungslos, weil damit die letzten Möglichkeiten staatlicher Kontrolle bei der Einwanderungspolitik abgeschafft würden.

## Finanzen und Haushalt

Dieses Thema fasziniert die wenigsten Leser. Es ist aber sehr bedeutsam. Daher fassen wir es zunächst kurz zusammen.

- Die AfD wird sich im Gemeinderat für
  - Ausgewogene Finanzen,
  - zielorientierte Vorgaben und
  - reduzierte freiwillige Ausgaben einsetzen.
- Der Schuldenabbau steht im Vordergrund (Generationengerechtigkeit).
- Investitionen lösen Folgekosten aus: Diese sind stets im Blick zu halten.
- Abgaben (Steuern) müssen nicht immer steigen. Warum nicht mal den Bürger entlasten und die Lasten reduzieren? Diese Debatten werden wir einfordern.

### Und nun noch etwas ausführlicher:

Wegen der unzureichenden Finanzierung der Kommunen durch Land und Bund werden oftmals wichtige kommunale Infrastrukturprojekte über Sonderprogramme des Bundes oder des Landes finanziert. Diese Methodik ist grundsätzlich falsch, denn sie widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip und produziert ständig falsche Investitionsanreize. Die Folgekosten interessieren weder den Bund noch das Land.

Der Haushalt unserer Gemeinde soll ausgeglichen sowie von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit geprägt sein. Die AfD wird dafür eintreten, dass Investitionsentscheidungen zum Nutzen aller Bürger und unter der Berücksichtigung der Folgekosten getroffen werden. Luxusprojekte und ideologisch getriebene Projekte (z. B. das „Klimaschutzkonzept“ oder die eingerichtete Stelle des „Klimamanagers“) lehnen wir ab.

Einnahmen und Ausgaben sollen sich die Waage halten. Das neue kommunale Finanzmanagement leistet aber mehr als das. Die Abschreibungen von Vermögenswerten werden nun sichtbar. Politik soll über Ziele steuernd einwirken. Mehr als 10 Jahre nach Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) wird das Führen mit Zielen aber noch stiefmütterlich behandelt. Die Verwaltung ist auch in ihrem Wesen nicht dafür vorgesehen, sich durch Ziele steuern zu lassen. Die AfD möchte im Gemeinderat diesen festgefahrenen Strukturen begegnen und eine Zieldebatte erneut starten.

Ziel muss es auf jedem Fall sein, die Ausgabenseite zu reduzieren. Hier sind die sogenannten freiwilligen Ausgaben in den Fokus zu nehmen. Diese unterscheiden sich von den pflichtigen Ausgaben dadurch, dass sie gestrichen werden können. Die Gemeinde ist generell nicht dazu verpflichtet, diese Aufgaben wahrzunehmen.

Freiwillige und kostenintensive Ausgaben sind z.B. die unnützen Ausgaben, die durch Maßnahmen des Integrationskonzepts ausgelöst werden. Kleinere freiwillige Ausgaben sind beispielsweise die Gebühren, die für die Nordwestdeutsche Philharmonie aufgewendet werden.

Das alles kostet viel Geld und die Gemeinde hat sich mächtig verschuldet. Auf Kosten der Jugend. Die Schulden der Älteren von heute sind die Schulden der Jugend. Den Erben, unseren Kindern, möchten wir von der AfD keinen Schuldentempel hinterlassen. Daher müssen wir heute Kredite

abbauen, um unseren Kindern eine Zukunft ohne finanzielle Altlasten zu übergeben.

Verursacht werden Schulden oft auch durch Investitionen, die jährliche Folgekosten nach sich ziehen. Die AfD wird sich im Gemeinderat dafür einsetzen, die Schulden abzubauen und bei Investitionen in die Infrastruktur die jährlich damit verbundenen Kosten im Blick zu haben. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Das wirtschaftliche Verhalten der Gemeinde gehört regelmäßig auf den Prüfstand. Die effiziente Erfüllung kommunaler Aufgaben muss regelmäßig durch neutrale Instanzen überprüft werden. Wirtschaftlich sinnvolle und risikoarme Privatisierungen oder Ausgliederungen sollten in Betracht gezogen werden, ohne Schattenhaushalte und Versorgungsposten zu etablieren. Die AfD wird die Einhaltung von Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards stets im Auge behalten.

Den Bürgern wird reichlich Geld genommen, das sie hart erarbeitet haben. Steigende Schulden führen oft zu steigenden Abgaben. Ein Teufelskreislauf. Nur mit soliden Finanzen kommt man sicher in die Zukunft. Mit gesenkten Ausgaben sind auch Steuersenkungen ein probates Mittel, um das Haushaltsvolumen wieder auf ein gesundes Maß zurückzuführen.

## **Straßen, Mobilität, Bauen, Umwelt**

Straßen sind unsere Pulsadern des Lebens. Natürlich kann man auch auf den Straßen Fahrrad fahren. Das fördert die Gesundheit und hilft auch der Umwelt. Ohne Autos geht es aber nicht. Die AfD wird im Gemeinderat ein positives Bewusstsein für unsere Infrastruktur und auch für das Automobil einfordern. Autofahrer sind keine Verbrecher. Die Benutzung kriminalisierender Begrifflichkeiten wie z.B. den des ökologischen Fußabdrucks oder andere grüne Kampfbegriffe, die den Menschen ein schlechtes Gewissen suggerieren sollen, lehnen wir als AfD kategorisch ab.

Wir setzen uns für den Erhalt der Substanz unserer Straßen ein. Einen guten Zustand erhalten statt kostenintensiver Totalsanierung muss der Leitfaden sein.

Das Radwegekonzept bietet die Chance, für Radfahrer sinnvolle und sichere Wege zu ermöglichen. Wir befürworten das Fahrrad als gleichberechtigtes Mobilitätsmittel. Wir sind aber gegen eine gesellschaftliche Diskriminierung der Autofahrer. Radfahrer und Autofahrer sollen sich als Partner und nicht als Feinde im Straßenverkehr begegnen.

Wir werden uns im Gemeinderat dafür einsetzen, das Radwegenetz zu verbessern. Gleichzeitig werden wir aber immer wieder einfordern, dass die Substanz unserer Straßen und Gehwege erhalten bleibt. Freie Mobilität für alle Bürger in Steinhagen! Das ist unsere Forderung und unser Anspruch.

Wir sind die Partei der Mobilität. Dazu gehören selbstverständlich die von sogenannten Aktivisten geschmähten Autofahrer. Wir stigmatisieren Autofahrer nicht und setzen uns auch für ein autofreundliches Steinhagen ein. Auf dem Land braucht man sein Auto. Ansonsten ist man aufgeschmissen. Die linksgrüne Stimmungsmache gegen den Dieselmotor lehnen wir ab. Im Gegenteil: wir befürworten die Dieselmotor als umweltfreundliche Variante des Verbrennungsmotors.

Es soll die Menschen wieder aufs Land ziehen. Weg aus den großen und stylischen Städten, hin zum bescheidenen und werteorientierten Leben auf dem Land. Dafür braucht es Bauland. Vor allem für Familien.

Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Und gerade dieser Keimzelle wird es erschwert, zu bauen, wenn sie nicht zu den Gutverdienern gehört. Teure Luxusausgaben wie Klimaschutzprogramme oder große Hindernisse wie Energieeinsparverordnungen und ähnliche Instrumente aus dem Bereich der Ökoideologie machen es Familien unmöglich, den Traum vom Häuschen im Grünen zu verwirklichen.

Die AfD wird sich im Gemeinderat dafür einsetzen, ideologischen Ballast, wie das Klimaschutzkonzept abzuwerfen und sich für die Bereitstellung günstigen Baulands einzusetzen.

## **Kindergärten**

Die AfD wird sich für kostenlose Kindergartenplätze ab Ü3, also ab dem vierten Lebensjahr der Kinder einsetzen. Dies ist nur im Zusammenwirken mit dem Kreis Gütersloh möglich.

Kindergärten sind wichtig. Das Elternhaus ist aber ebenso bedeutsam. Wir wissen die wertvolle Arbeit der Kindertagesstätten sehr zu schätzen. Hier wird eine qualitativ hochwertige Arbeit geleistet, die allen gesellschaftlichen Respekt verdient. Wir befürworten eine Umkehr von der Tendenz zusätzlicher Verantwortungsübertragung an den Staat und wollen die Elternhäuser in ihrem Wunsch bekräftigen, eine Entwicklung zur vermehrten Verantwortungsübernahme zuzulassen. Dies erfordert allerdings ein gesamtgesellschaftliches Umdenken. Und das muss auch durch Bund und Land zuerst ermöglicht werden.

## **Schule, Kultur und Sport**

Die AfD legt größten Wert darauf, dass an Schulen die Fächer Mathe, Deutsch sowie Naturwissenschaften unterrichtet werden. Hierzu bedarf es aus Sicht der Gemeinde Steinhagen als Schulträger einer guten Infrastruktur in den Schulen, über welche die Steinhagener Schulen erfreulicherweise verfügen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es auch dabei bleibt.

Die AfD ist für den Erhalt spezialisierter Förderschulen für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen. Die 2006 in Paragraph 24 unterzeichnete UN-Konvention sagt aus, dass Menschen mit Behinderungen ‚gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben‘. Dies bedeutet jedoch nicht, dass deren Förderung oder die Qualität des Unterrichtes generell darunter leiden darf. Wir lehnen die Inklusion, so wie sie heute gehandhabt wird ab, befürworten aber ausdrücklich die Integration im Alltagsleben.

Schulen, die eine wesentliche Arbeit bei der Integration der Kinder der zugereisten Menschen leisten, müssen im Rahmen ihrer rechtlichen Verpflichtungen diese Kinder beschulen. Sie leisten auf diesem Feld einen wesentlichen Beitrag, den wir anerkennen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Substanz der Gebäude und deren Ausstattung weiterhin auf hohem Niveau gewährleistet wird. Das stärkt die Attraktivität des Bildungsangebots und zieht auch mehr Bewerber auf Lehrerstellen an. Der Bildungsstandort Steinhagen ist qualitativ sehr solide aufgestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass es auch dabei bleibt.

Die AfD setzt sich für den Erhalt unserer Grundschulen, der Realschule und des Gymnasiums ein. Bildungsexperimente oder die Neueinführung anderer Schulformen befürworten wir generell nicht. Die Bildungslandschaft braucht auch Kontinuität und Planungssicherheit und nicht permanente Diskussionen über den Fortbestand bestehender Schulen.



## **Digitalisierung**

Wir werden im Gemeinderat uns für eine maßvolle Digitalisierung einsetzen. Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass die digitale Infrastruktur etliche Einschränkungen, sei es beispielsweise in der Bildungslandschaft oder im Handel ausgleichen konnte.

Die Verwaltung ist ebenso angehalten, digitale Dienstleistungen für den Bürger aber auch im internen Bereich (sogenannte E-Akten) zu realisieren.

Wir unterstützen diese Bemühungen, setzen uns aber auch für eine Digitalisierung mit Augenmaß ein. Kosten und Nutzen müssen im Einklang stehen. Und der persönliche Kontakt von Mensch zu Mensch, gerade im Bereich der Öffentlichen Verwaltung, soll weiterhin möglich sein. Von Mensch zu Mensch kommuniziert es sich eben in komplizierten Angelegenheiten oft besser als in Bits und Bytes.

Der Ausbau der digitalen Netzinfrastruktur soll fortgesetzt werden. Nur wenn unsere Netze zukunftsfähig sind, wird das Zeitalter der Digitalisierung auch Wirklichkeit werden.

## **Sicherheit, Ordnung und Feuerwehr**

Die AfD steht für die Sicherheit in der Gemeinde.

Die AfD wird regelmäßig Kriminalstatistiken veröffentlichen, in denen alle Straftaten aufgelistet werden und auch die Herkunft der Täter genannt wird. Das heute übliche Vertuschen und Verheimlichen wird damit unterbunden.

Wir machen uns stark für eine verstärkte Kommunikation zwischen der Gemeinde und zur Polizei im Kreis Gütersloh und befürworten die Intensivierung der Kooperation zwischen den Sicherheitskräften und der Gemeinde.

Zum Bereich der Sicherheit gehört auch die Freiwillige Feuerwehr in Steinhagen, Amshausen und Brockhagen. Die Feuerwehr handelt mit ihren Kameradinnen und Kameraden oft unter Einsatz des eigenen Lebens. Das ist wahrer Mut und ein Ehrenamt, das Respekt und Anerkennung verdient. Wir haben ein offenes Ohr für unsere Feuerwehr und werden die Stimme erheben, wenn Einsatzkräfte in Ausübung ihres Amtes beleidigt oder tätlich angegriffen werden.

Eine exzellent motivierte Feuerwehr braucht auch erstklassiges Einsatzmaterial und Ausrüstung in bester Qualität. Die Sicherheit unserer Feuerwehrleute liegt uns am Herzen. Wer sein Leben einsetzt, um anderes Leben zu retten, soll sich nicht wegen unzureichender Ausrüstung unnötig in Gefahr begeben. Wir werden im Gemeinderat einen Kurs mittragen, der hier die richtigen Prioritäten setzt.

## Wirtschaft

Mittelständische Unternehmen sind das Herz unserer Wirtschaft. Sie brauchen Freiräume für Wachstum und Veränderung. Dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen in Steinhagen. Ein reichhaltiges Angebot an Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindungen, leistungsfähige Internetzugänge sowie eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung sind wichtige Standortfaktoren. Wir unterstützen den Wirtschaftsförderer, die pro Wirtschaft GT GmbH. Hier wird exzellente Arbeit geleistet, die Steinhagen als Wirtschaftsstandort stärkt und ausbaut.

Die AfD möchte junge Menschen für eine Ausbildung zum Handwerk oder in anderen dualen Studiengängen begeistern. Um die Standortattraktivität für angehende Selbstständige und Firmengründer zu erhöhen, setzen wir uns für die Einrichtung und Beibehaltung von Gründerzentren, z.B. für junge Handwerksunternehmen, ein. Hierbei spielt u.a. das Zusammenwirken mit der lokalen Handwerkerschaft eine wichtige Rolle.

Günstige Mietpreise und flexible Raum- und Werkstattmöglichkeiten (z.B. gemeinsam nutzbare Empfangs-, Büro- und Besprechungsräume, Teeküchen, Kopierräume, Telefonzentralen usw.) sollen eine neue Gründerkultur, parallel zur bereits geförderten Startup-Szene, entfachen. Durch Ansiedlung verschiedenster Handwerksarten können weitere innovative und produktive Synergieeffekte entstehen.

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommune ist auf den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu begrenzen und darf in keinem unlauteren Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Angeboten stehen. Die öffentliche Vorsorge wie z.B. Ver- und Entsorgung, die Gesundheitsvorsorge und der ÖPNV müssen durch den Kreis bzw. die Gemeinden sichergestellt, aber nicht zwingend von diesen selbst erbracht werden.

## Schlussbemerkungen

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

Sie haben die Wahl zwischen einem „Weiter so!“ oder einer Alternative für Steinhagen. Nutzen Sie bitte die Chance und helfen Sie uns, Ihren Anliegen für die nächsten fünf Jahre eine Stimme zu geben.

Stärken Sie die Demokratie, und machen Sie bitte von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Je höher die Wahlbeteiligung ausfällt, umso mehr kann sich die Politik legitimiert fühlen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten.

Wenn Sie Fragen zum Programm oder zu unserem Gemeindeverband haben, sprechen Sie uns unter [info@afd-gt.net](mailto:info@afd-gt.net) an.

Ihr AfD-Gemeindeverband Steinhagen